



Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 3109

An den
Präsidenten des Landtages von Niederösterreich

Landtag von Niederösterreich
Landtagsdirektion
Eing.: 03.03.2015
zu Ltg. -**411/V-2/10-2014**
-Ausschuss

Beilagen
LAD1-VD-14051/037-2015
Kennzeichen (bei Antwort bitte angeben)

E-Mail: post.lad1@noel.gv.at
Fax 02742/9005-13610 Internet: <http://www.noel.gv.at>
Bürgerservice-Telefon 02742/9005-9005 DVR: 0059986

Bezug	BearbeiterIn	(0 27 42) 9005	Durchwahl	Datum
Ltg.-411/V-2/10-2014	Dr. Wolfgang Koizar	12197	03. März 2015	

Betrifft

Resolution des Landtages von Niederösterreich betreffend: Ausreichende Budgetmittel im Österreichischen Bundesheer; Resolutionsbeantwortung

Im Sinne der Resolution des Landtages von Niederösterreich vom 17. Juni 2014, Ltg.-411/V-2/10-2014, hat die NÖ Landesregierung ein Schreiben an den Bundeskanzler gerichtet, in dem die Bundesregierung um entsprechende Berücksichtigung der Resolution des Landtages von Niederösterreich ersucht wurde.

Das Bundeskanzleramt hat die Stellungnahme des zuständigen Bundesministeriums für Landesverteidigung und Sport, GZ S91149/6-PMVD/2015 (2), übermittelt, welches lautet:

„Zur Resolution des Niederösterreichischen Landtages vom 17. Juni 2014 betreffend „Ausreichende Budgetmittel im Österreichischen Bundesheer“ beehrt sich das Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport Folgendes mitzuteilen:

Das Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport arbeitet derzeit auf Grund der aktuellen finanziellen Rahmenbedingungen an einer umfassenden Strukturreform, die darauf abzielt, eine Struktur zu schaffen, die mit den zur Verfügung stehenden Mitteln erhalten werden kann und das Österreichische Bundesheer (ÖBH) in der Lage versetzt, die militärisch einsatzwahrscheinlichen Aufgaben zu erfüllen.

Die erforderlichen Maßnahmen zur Zielerreichung wurden konkret und bezogen auf die einzelnen Bundesländer mit dem sogenannten „Strukturpaket – Maßnahmen zur Leistungsanpassung des Bundesheeres“ bereits vorgestellt. Die Planungen mündeten in das erarbeitete Maßnahmenpaket für die Entwicklung des Österreichischen Bundesheer bis 2018 („ÖBH 2018“) in Verbindung mit der Teilstrategie Verteidigungspolitik.

Nach einem politischen Abstimmungsprozess unter Einbindung der Bundesländer ist am 23. Dezember 2014 in der Bundesregierung Einigung über dieses Strukturpaket „ÖHB 2018“ erzielt worden. Die Bundesregierung hat dies mit Ministerratsbeschluss vom 20. Jänner 2015 zur Kenntnis genommen. Das ÖBH kann somit den Großteil der geplanten Strukturanpassung umsetzen und erhält zusätzlich 616 Mio. Euro. Davon sind 350 Mio. Euro als Sonderfinanzierung für die Jahre 2016 bis 2019 vorgesehen worden und der Rest der Summe wurde als Finanzierungszusage ab dem Jahr 2020 festgelegt.

Mit diesen Mitteln werden Investitionen in folgenden Bereichen getätigt:

- **Umsetzung der Wehrdienstreform** (Bauvorhaben / Ausrüstung / Ausbildung)
- **Stärkung der Miliz** (Mannesausrüstung / Nachtsichtgeräte / Führungsmittel)
- **Verbesserung der Mobilität und des Schutzes der Truppe** (Fahrzeuersatz / geländegängige LKW bis 5 t – geschützt / ABC-Abwehrsysteme und Dekontaminationssystem / Tanklöschfahrzeuge)
- **Luftstreitkräfte** (Ergänzungsflugzeug Luftraumüberwachung – Ersatz Saab 105 Ö / Modifizierung der mittleren Transporthubschrauber S-70 Black Hawk / systemerhaltende Vorhaben, Selbstschutzausrüstung und Nachtflugfähigkeit C-130K Hercules / Triebwerk-Update Eurofighter Typhoon / Ersatz für leichte Mehrzweckhubschrauber Alouette III bzw. OH-58B)
- **Führungsfähigkeit** (Internationales Satelliten-Informationssystem)
- **Infrastruktur** (ergänzende Bauvorhaben von Betreuungs- und Sporteinrichtungen sowie zur technischen Absicherung in Umsetzung der Wehrdienstreform)

Mit dem derzeit festgelegten militärischen Fähigkeitsprofil und den zur Verfügung stehenden Kräften und Mitteln ist das Österreichische Bundesheer in der Lage, die Einsatz- und Handlungsfähigkeit aufrecht zu erhalten, einschließlich der Erfüllung von Aufgaben im Rahmen eines Assistenzeinsatzes zur Katastrophenhilfe.

Weiters darf darauf hingewiesen werden, dass die Wehrdienstreform seit der Volksbefragung zielgerichtet umgesetzt wird. Die Budgetabschläge des Jahres 2014 hatten naturgemäß eine verzögerte Realisierung einzelner Maßnahmen zur Konsequenz. Für die Umsetzung der noch offenen Maßnahmen zur Wehrdienstreform ist über die nächsten Jahre ein jährlicher Budgetbetrag von 30 Mio. Euro vorgesehen.

Im Übrigen ist anzumerken, dass Auslandseinsätze in einem direkten Zusammenhang zur inneren Sicherheit stehen und einen wesentlichen Beitrag zur Aufrechterhaltung der Sicherheit in Österreich leisten. Darüber hinaus dient die Zusammenarbeit mit Partnern auch der Verfolgung gemeinsamer sicherheitspolitischer Interessen. Die Erfüllung des verteidigungspolitischen Auftrags erfordert daher vom ÖBH die gleichzeitige und gleichrangige Wahrnehmung aller funktionalen Aufgabenbereiche der Antizipation und Krisenfrüherkennung, der Landesverteidigung und Assistenz, des internationalen Krisenmanagements sowie der militärischen Sicherheitskooperation. Dazu darf ersucht werden, den notwendigen Veränderungsschritten Verständnis entgegenzubringen.“

Die NÖ Landesregierung beehrt sich, dies zu berichten.

NÖ Landesregierung
Dr. P R Ö L L
Landeshauptmann